

- Es gilt das gesprochene Wort! -

Gerald Hinz, SPD

## **Rede zum Haushalt 2014**

*Es gilt das gesprochene Wort*

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender,  
meine Damen und Herren.

Wie in den vergangenen Jahren liegt uns wieder ein nicht ausgeglichener Ergebnishaushalt vor. Die Konjunktur ist auf dem Höhepunkt und trotzdem werden gemäß der Planung die Einnahmen nicht reichen, um die Aufwände zu decken.

Wir sehen hier drei wesentliche Gründe:

1. Die Personalkosten steigen überproportional zur Einnahmeentwicklung
2. Die Verschlechterung der Schlüsselzahl für die Zuweisungen aus dem Kommunalen Finanzausgleich und die niedrigere Einschätzung der Steuereinnahmen.
3. Kostensteigerungen bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Ich will im Einzelnen kurz darauf eingehen:

1. Personalkostenentwicklung

Ich will jetzt nicht die Diskussion des Stellenplans wiederholen. Wir müssen

die Verwaltung in die Lage versetzen, die vorgeschriebenen, die von uns erwarteten und von uns veranlassten Aufgaben zu erfüllen. Hier sind zwei Schwerpunkte zu erkennen: Die Gebäudewirtschaft und Stadtplanung sowie die Kinder- und Jugendbetreuung und die Jugendverwaltung.

Wir wollen, dass Baumaßnahmen, sei es Sanierung oder Neubau, eng betreut und überwacht werden, damit Fehler bei der Ausführung nicht entstehen, damit Kostenpläne eingehalten werden, damit alle gewünschten Maßnahmen auch kurzfristig umgesetzt werden. Gleichzeitig müssen ad hoc auftretenden Situationen bewältigt werden. Wir haben einen alternden Gebäudebestand der natürlich mehr Aufwand erfordert als Neubauten. Meine Damen und Herren, dafür benötigen wir Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die diese Aufgaben bewältigen.

Wir wollen auch, dass unsere Kinder mit der notwendigen Aufmerksamkeit und Qualität betreut werden. Wir haben das Soll von 30% Krippenplätzen von Anfang an mit 50% deutlich übererfüllt. Die Krippen entwickeln sich vom Relikt aus der ehemaligen DDR zum gesamtdeutschen Erfolgsmodell. Die Nachfrage steigt. Es wird schon mit einem Platzbedarf von 70% eines Jahrgangs gerechnet. Auch in den Kindergärten werden mehr Plätze und damit mehr Erzieherinnen benötigt. Aufgrund der Größe der KiTas müssen Mitarbeiterinnen auf Leitungsstellen von der Gruppenarbeit freigestellt werden. Ich will aber ausdrücklich betonen: all das ist sozialpolitisch gewollt. Dafür benötigen wir Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die die Betreuung durchführen. Das kostet aber auch Geld, das muss deutlich gesagt werden. Die Elternbeiträge decken dabei nur ca. 11% der Kosten. Dazu kommen noch ca. 15% Zuschüsse vom Land. Der bei weitem überwiegende Teil ist aus den allgemeinen Einnahmen der Stadt zu bewältigen. Dazuzurechnen sind noch die Zuschüsse an freie Träger, die seit 2011 um 1 Mio. EUR gestiegen sind.

Im Jahr 2013 waren das 4,3 Mio. EUR mit steigender Tendenz.

Kommunalpolitiker aus anderen Kommunen gleich welcher Couleur, mit denen ich in den letzten Wochen und Monaten gesprochen habe, sagen unisono: Die Betreuungskosten erdrücken uns.

Wenn nun die Rot-Grüne Landesregierung bei uns in Niedersachsen die Kosten für die dritten Kräfte übernimmt, so entlastet uns dies. Aber das ist nur die Reparatur veralteter Vorgaben, die davon ausgingen, mit zwei Erzieherinnen pro Gruppe auskommen zu können.

Dazu kommen deutliche Steigerungen der Fallzahlen bei der Kinder- und Jugendverwaltung. Hier gibt es vermehrte Situationen in Familien, die eine Intervention durch das Jugendamt notwendig machen. Wir wollen, dass die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen den Familien die notwendige Aufmerksamkeit entgegenbringen können, damit nicht eines Tages Kerzen, Spielzeug und Blumen vor Haustüren liegen, weil es zu einer Katastrophe gekommen ist, die durch eine qualifizierte Betreuung, hätte vermieden werden können. Dafür benötigen wir Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die diese verantwortungsvollen Aufgaben durchführen.

Zu meinem zweiten Punkt: Die Verschlechterung der Schlüsselzahl für die Zuweisungen aus dem Kommunalen Finanzausgleich und die niedrigere Einschätzung der Steuereinnahmen.

Beim Kommunalen Finanzausgleich geht es darum einen Ausgleich zwischen Kommunen mit großer eigener Steuerkraft und Kommunen mit geringerer Steuerkraft herzustellen. Die Steuerkraft von Burgdorf ist stärker geworden, im Gegenzug erhalten wir weniger Landeszuschüsse. Das sind 650 TEUR

die uns fehlen. Die Steuerschätzung prognostiziert weitere 500 TEUR weniger und damit fehlen uns zusammen 1,15 Mio. EUR. Um dies einzusparen müssten wir 20 Mitarbeiterstellen in der Verwaltung streichen oder die Grundsteuer B um mehr als 100 Punkte erhöhen oder die Elternbeiträge für die KiTas verdreifachen.

Dagegen ist nicht anzusporen.

### 3. Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Seit 2010 sind diese Aufwendungen um 50% oder um 3 Mio. EUR gestiegen. Mehr als die Hälfte davon beziehen sich auf die Hochbauunterhaltung und die Bewirtschaftung von Grundstücken und baulichen Anlagen.

Bei diesen Haushaltspositionen geht es darum, dass die städtischen Gebäude geheizt, gereinigt und instandgehalten werden. Es geht darum, dass die öffentlichen Grünflächen gepflegt werden und im Winter öffentliche Wege und Plätze vom Schnee befreit werden.

Viele Bürgerinnen und Bürger beklagen sich, dass hier noch mehr getan werden muss.

Aber das will auch bezahlt sein.

Meine Damen und Herren,

soviel zur Analyse.

Wie gehen wir nun damit um?

1. Die Verwaltung muss noch transparenter werden, damit eventuelle Einsparungspotenziale gehoben werden können
2. Die Gewerbeansiedlung ist weiter zu fördern, damit das Gewerbesteueraufkommen gesteigert wird
3. Investitionsentscheidungen vor dem Hintergrund der Ergebnishaushaltsauswirkung treffen

#### 1. Verwaltungstransparenz

In vergangenen Jahr hatte ich immer wieder das Erstellen der notwendigen Kennzahlen angemahnt. Wir sind hier ein Stück weiter, aber noch nicht am Ziel. Herr Kauter kämpft einen heroischen Kampf um die Zahlenermittlung. Wir haben auch schon sehr gute Zwischenergebnisse präsentiert bekommen, die deutlich machen, dass die Verwaltung auf gutem Wege ist. Aber Forderungen sind einfach gestellt, die Umsetzung hat ihre Tücken.

Auch zeigt es sich, dass das Geld in die Stelle für eine Betriebsorganisatorin richtig angelegt ist. Eine Arbeitsgruppe innerhalb der Verwaltung befasst sich mit Frage des Organisationsmanagement, des Prozessmanagement und der Überleitung der Personalabrechnung an die Region Hannover. Wir haben einen aktuellen Bericht erhalten der zeigt, dass die Verwaltung intensiv dabei ist an einer Effizienz- und Effektivitätssteigerung zu arbeiten.

#### 2. Gewerbesteuern

Wir haben ein Einnahmeproblem, deshalb müssen wir sehen, wie die Einnahmeseite verbessert werden kann. Das tun wir mit dem Gewerbegebiet Nordwest. Dort tut sich mittlerweile so viel, dass wir dringend Erweiterungsflächen erschliessen müssen. Die angesiedelten Unternehmen werden dann zukünftig ihre Gewerbesteuer in unsere Kasse zahlen.

Apropos Gewerbesteuer. Ich habe mir noch mal die Haushaltsrede von Mirco Zschoch vom vergangenen Jahr angesehen. Dort vergleicht er die Pro-Kopf-Einnahmen aus der Gewerbesteuer von Sehnde und Uetze mit Burgdorf, die in den beiden Orten deutlich höher liegen. Da hat er aber in Heimatkunde nicht aufgepasst und vergleicht Äpfel mit Birnen. Wenn wir ebenfalls so eine schnucklige Zementfabrik hätten und unmittelbar an der A2 liegen würden wie Höver oder eine dampfende Ölraffinerie vor der Tür hätten wie Dollbergen, wären wir aus dem Schneider. Dazu müßten wir den Mut haben ein Industriegebiet auszuweisen. In Burgdorf ist noch nicht einmal eine Biogasanlage konsensfähig.

Wir werden uns auch in diesem Jahr nicht scheuen, die Grundsteuern und die Gewerbesteuern zu erhöhen. Das macht keine Freude, aber es ist unumgänglich. Die geplante Erhöhung der Grundsteuer wird ein durchschnittliches Einfamilienhaus mit ca. 3 EUR p.M. und die Miete einer Wohnung in einem Haus mit 8 Wohnungen um ca. 1 EUR p.M. belasten. Ein mittelständischer Handwerksbetrieb muss mit ca. 8 EUR p.M. rechnen. Das überfordert niemand und bringt ca. 500 TEUR an zusätzlichen Einnahmen. Und wir bewegen uns immer noch in der Nähe zu unseren Nachbargemeinden.

3. Investitionsentscheidungen vor dem Hintergrund der Ergebnisauswirkung

Der Haushaltsausgleich ist im sogenannten Ergebnishaushalt zu erreichen. Das ist die Gewinn- und Verlustrechnung unserer Stadt. Der prognostizierte Fehlbetrag sind 4,8 Mio. EUR.

Im Fokus der Diskussion steht aber immer die Kreditaufnahme bzw. der Verschuldungsgrad. Dieser Haushalt sieht vor, die Verschuldung deutlich auszuweiten. Die großen Zahlen machen dem einen oder der anderen Angst.

Der größte Brocken ist der Neubau der Gudrun-Pauswang-Grundschule mit 4,1 Mio EUR in 2015 und 6,2 Mio. EUR in 2016. Die Abwasserbeseitigung schlägt dazu im nächsten Jahr mit ca. 3 Mio. EUR zu Buche.

Diese ca. 12 Mio. EUR belasten den Haushalt mit ca. 280 TEUR an Zinsen im Jahr.

Wenn durch die getätigten Investitionen Kosten eingespart werden können, sind sie für den Haushalt tragbar. Das sind z.B. die 200 TEUR Betriebskosteneinsparungen bei dem Neubau der Gudrun-Pausewang-Grundschule. Und wenn wir für die IGS noch Investitionen tätigen, so stehen dahinter auch mehr als 200 TEUR Gastschulgelder, die nicht mehr gezahlt werden müssen.

Bei genauer Betrachtung der Auswirkungen von Investitionen und Kreditaufnahmet, sind die größten Investitionen die Schaffung von neuen Personalstellen. Die Kosten einer Stelle von ca. 50 TEUR entsprechen der Zinslast von ca. 2,5 Mio. EUR Kreditsumme.

D.h. die ständigen Stellenausweitungen sind viel problematischer als Kreditaufnahmen. Und trotzdem kommen wir um die Stellen nicht herum.

Zu guter Letzt müssen wir noch einen Blick auf Tiefen der Buchführung werfen.

Im Ergebnishaushalt sind mit 3,5 Mio. EUR Abschreibungen und 640 TEUR EUR Rückstellungen für Beamtenpensionen ca. 4,1 Mio. EUR nicht liquiditätswirksame Posten enthalten. D.h. es findet in der Planbetrachtung bei einem Defizit von 3,9 Mio. EUR kein Abfluss von Liquidität statt. Dieses ist das erste Ziel, dass im Hinblick auf eine Konsolidierung zu erreichen ist. Das nächste Ziel heißt, die Abschreibungen ebenfalls zu verdienen. Sie stellen den Vermögensverlust dar, den das Vermögen der Stadt auf Grund von Alterung und Abnutzung hat. Die 640 TEUR Rückstellungen für Beamtenpensionen müssen wir in den Haushalt einstellen, obwohl wir in eine Versorgungskasse einzahlen. Dies ist eine Landesvorschrift, aber sachlich eigentlich nicht notwendig. Aber der erste Schritt zur Haushaltskonsolidierung ist die Vermeidung von Liquiditätsabflüssen.

Meine Damen und Herren,

wir sind der Auffassung, dass die Finanzmittel mit diesem Haushalt richtig eingesetzt werden. Wer behauptet, die Stadtfinanzen können durch vom Rat zu treffende Entscheidungen in Ordnung gebracht werden oder behauptet die öffentlichen Kassen würden im Geld schwimmen, ist ein Scharlatan. Wie sie sich vorstellen können, werden wir dem Haushalt zustimmen.

Bevor ich schliesse, gilt mein Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kämmerei. Die Aufstellung des Haushalts ist immer ein großes Arbeitspaket, das zu bewältigen ist. Sie haben es wie immer hervorragend geleistet und uns kompetent begleitet. Dafür vielen Dank. Vor allen Dingen freut es mich

aber, Herrn Hammermeister wieder gesund und munter unter uns zu sehen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.